

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Normalisierung - und danach?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1971) : Normalisierung - und danach?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 55-56

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134219>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

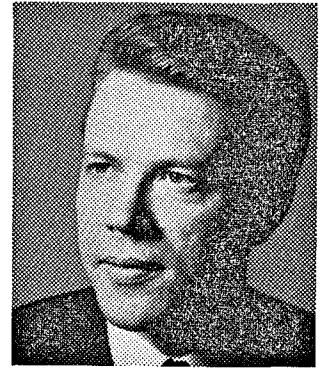
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Normalisierung — und danach?

Die konjunkturpolitische Diskussion spiegelt mehr und mehr die Unmöglichkeit wider, gegen die derzeitige Fehlentwicklung etwas Wirkungsvolles zu tun. Das Nebeneinander immer deutlicherer Anzeichen von konjunktureller Abschwächung einerseits und von unverändertem Kosten- und Preisauftrieb andererseits ist zwar für die Öffentlichkeit konsternierend, aber für die erste Zeit des konjunkturellen Abschwungs ist es nicht ungewöhnlich, sondern geradezu typisch. Man wird sich darauf einrichten müssen, zumindest noch einige Zeit mit einer so unerfreulichen Kombination von Konjunktur- und Preistendenz leben zu müssen. Die Wirtschaftspolitik trägt dem Rechnung, indem sie abwartet. Sie bemüht sich, keine „Freie-Fahrt“-Signale zu setzen, aber auch die Investoren nicht zu entmutigen. Im übrigen richtet sie dringende Appelle zur Mäßigung an die Sozialpartner. Den besten Beweis, daß man jetzt nichts anderes tun kann, lieferte jüngst die Opposition im Bundestag. Sie hat der Regierung zur Zeit nicht mehr vorzuwerfen als etliche verbale Ungeschicklichkeiten.

Ein Handlungsrezept, das aus dem gegenwärtigen Dilemma herausführen könnte, hat weder die Opposition im Bundestag noch irgend jemand sonst. Es gibt keines. Es gibt nur ein Entweder-Oder. Entweder man nimmt die „Nachwehen“ dieses größten Booms in der Geschichte der Bundesrepublik hin — an dem nicht die gegenwärtige Bundesregierung die Hauptschuld trägt, wie nunmehr auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung klargestellt hat —, oder man verschärft den Abschwung bis zur Rezession. Doch wäre das ein erwägenswerter Preis? Bestimmt nicht im Lichte der Tatsache, daß heute „das soziale Recht auf den Arbeitsplatz in der Nähe der allgemeinen Grundrechte gesehen wird“ (so der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1970/71, Ziff. 206. So bleibt denn tatsächlich nur das Abwarten und der Appell an diejenigen, die mit ihrem Lohn- und Preisverhalten Dauer und Ausmaß der Divergenz zwischen Konjunktur- und Preisentwicklung bestimmen. Könnte man sich darauf verlassen, daß die von früheren Zyklen bekannten Verhaltensmuster noch gelten, so wäre der weiteren Entwicklung mit Gelassenheit entgegenzusehen. Doch eben das wird von vielen bezweifelt.

Immer häufiger wird die Vermutung geäußert, man habe es nunmehr mit einem grundsätzlich anderen Verhalten der Gewerkschaften zu tun. Während bislang, besonders eindrucksvoll in und nach der Rezession von 1967, die Lohnpolitik marktbestimmt gewesen ist, werde sie künftig in erster Linie machtdeterminiert sein. Dabei wird gern auf das Vorbild der USA und Großbritanniens hingewiesen. In Großbritannien ist gerade in jüngster Zeit zu beobachten, wie trotz wachsender Beschäftigungslosigkeit hohe Lohnforderungen durchgesetzt werden, notfalls durch Streikdrohung oder Streik. Die Annahme, in der Bundesrepublik stehe ähnliches bevor, ist bisher jedoch nichts weiter als eine Behauptung. Immerhin ist darauf hinzuweisen, daß die These vom veränderten Verhalten der Gewerkschaften nicht neu ist. Sie wurde schon zu Anfang der sechziger Jahre in der damaligen Abschwungsphase vertreten und erwies sich als falsch. Bis zum Beweise des Gegenteils sollte daher angenommen werden, daß wir es auch in der gegenwärtigen Phase nur mit dem bekannten Phänomen des Lohnlags zu tun haben.

Die Tatsache, daß der Lohnlag in diesem Konjunkturzyklus länger ist als in früheren, hat schon bisher eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Unter den Nachwirkungen des Rezessionsschocks waren die Lohnforderungen und –zugeständnisse allzu lange allzu gering geblieben. So kam es bei kräftig steigenden Produktivitätsfortschritten in der Aufschwungsphase zur „Gewinnexplosion“, die ihrerseits den Investitionsboom begünstigte. Dieser hat ganz maßgeblich zum Entstehen allgemeiner Übernachfrage beigetragen. Schließlich kam es zu einer starken Welle nachholender Lohnnerhöhungen, die mit bereits nachlassendem Produktivitätsanstieg zusammentrafen und so zur „Kostenexplosion“ führten. Zunächst gestattete die Marktlage fast überall eine weitgehende Überwälzung des Kostenanstiegs in den Preisen. In der letzten Zeit sind die Überwälzungsmöglichkeiten jedoch ungünstiger geworden. So entsteht eine immer stärkere Gewinnklemme, die bei genügend langer Dauer die Arbeitsplätze gefährden würde. Der Lohnlag hat also die Amplitude des Zyklus vergrößert und zum verstärkten Geldwertschwund beigetragen. Das galt, allerdings weniger ausgeprägt, auch schon für frühere Zyklen; doch die Sozialpartner haben bisher nichts daraus gelernt. Die „Konzertierte Aktion“ hat in diesem wichtigen Punkt vollkommen versagt.

Aus der Annahme einer lediglich verzögerten Reaktion der Kostenentwicklung auf die Konjunktur folgt die Erwartung, daß es zu einer Rezession in prognostisch überschaubarer Zeit – also etwa bis Ende des Jahres – nicht kommen wird. Denn unter dieser Annahme ist keine so rapide Verschärfung der Gewinnklemme zu erwarten, daß daraus eine bedrohliche Einschränkung der Investitionstätigkeit entstehen könnte. Angesichts kräftig steigender Staatsausgaben, wieder zunehmender Auslandsnachfrage und noch stark expandierenden privaten Verbrauchs ist daher lediglich eine Normalisierung zu erwarten, also die Rückkehr zu einigermaßen optimaler Kapazitätsauslastung und einigermaßen ausgeglichenen Arbeitsmarktverhältnissen. Aller Voraussicht nach bedeutet das für die Kosten und Preise aber noch nicht die Rückkehr auf jenen Pfad, der bislang als tolerierbares Maß galt. Gelingt es, die Konjunktur auf dem dann erreichten Beschäftigungsniveau zu stabilisieren, so stellt sich die Frage, ob man danach eine weitere Reduktion der Preisanstiegsraten erwarten kann. Allein schon die starke Preissteigerungstendenz im Ausland spricht dagegen.

Wenn diese Sicht der Dinge richtig sein sollte, würde das für die Wirtschaftsablaufpolitik schwierige Probleme aufwerfen. Was kann sie tun, um nach der Normalisierung wieder mehr Stabilität zu erreichen? Das bewußte Herbeiführen einer „Stabilisierungskrise“ wird niemand ernsthaft in Erwägung ziehen können, solange nicht eine stark beschleunigte Geldentwertung droht. Manche vertrauen darauf, in einem neuen Aufschwung würden rasch steigende Produktivitätsfortschritte für mehr Stabilität sorgen. Doch das gilt nur kurzfristig und auch nur dann, wenn die Kapazitätsauslastung zuvor in der Abkühlungsphase unter das Optimum sinkt. An dem Grundsachverhalt, eben dem Start von einem relativ hohen Niveau der Preissteigerungsrate unter ungünstigen Umweltbedingungen, ändert es nichts. Die Erfahrung anderer Länder zeigt, daß der Abbau eines in den Dispositionen mehr oder weniger antizipierten „harten Kerns“ der Preissteigerungsrate außerordentlich schwierig ist. Alles hängt also davon ab, welche Preissteigerungsrate bereits fester Bestandteil der Erwartungen geworden ist.

Mittelfristig werden die Bedingungen für die Realisierung eines Grades von Geldwertstabilität, wie er vor dem letzten Boom als Norm galt, ohnehin ungünstiger. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein Zurückbleiben des Preisanstiegs in der Bundesrepublik gegenüber dem im Ausland bei festem Wechselkurs nur vorübergehend möglich ist. Mehr Preisstabilität als im Ausland setzt also Bereitschaft und Fähigkeit zu permanenter oder wenigstens periodischer „außenwirtschaftlicher Absicherung“ voraus. Es ist schon fraglich, ob die Bereitschaft dazu besteht, und noch fraglicher, ob sie zur rechten Zeit politisch realisierbar ist. Wenn der Plan zur Schaffung einer Europäischen Währungsunion verwirklicht wird, so bedeutet das nach Abschluß der Übergangszeit für uns sogar das Ende jeder Möglichkeit zu nationaler Wechselkurspolitik. Dann ist das Schicksal unseres Geldwertes auf Gedeih und Verderb mit dem der Partnerländer verbunden. Die aber haben im allgemeinen alles andere als Stabilitätsvorstellungen deutscher Prägung praktiziert.